SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Präsidentschaftswahlen in Rußland: Grundlinien und Perspektiven der Außen- und Sicherheitspolitik

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Timmermann, H. (1996). *Präsidentschaftswahlen in Rußland: Grundlinien und Perspektiven der Außen- und Sicherheitspolitik.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 31/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46278

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Nr. 31/1996 28. Mai 1996

Präsidentschaftswahlen in Rußland: Grundlinien und Perspektiven der Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung
In der Außen- und Sicherheitspolitik Moskaus zeichnet sich zumindest programmatisch bei unterschiedlichen Akzentsetzungen im einzelnen die Tendenz zu einem Grundkonsens zwischen den verschiedenen politischen Lagern ab: Rußland muß auch in Zukunft eine anerkannte Großmacht mit eigenständigem Profil und natürlichen Einflußzonen bleiben. Läßt man den harten Flügel des KP-dominierten Blocks der Volkspatrioten beiseite, können die Konvergenzen stichwortartig so umrissen werden: Schere zwischen Großmachtambitionen und mangelnden Ressourcen; Betonung der Notwendigkeit, die eigenständige Rolle Rußlands durch Diversifizierung seiner internationalen Beziehungen zu unterstreichen; Vermeidung jeglicher internationaler Abhängigkeit durch Einbindung in westlich dominierte Organisationen; Rußland als Partner und Widerpart des Westens.

Auf dem Weg zu einem außenpolitischen Grundkonsens?

In der Außen- und Sicherheitspolitik Moskaus zeichnet sich zumindest programmatisch die Tendenz zu einem Grundkonsens zwischen den verschiedenen politischen Lagern ab. Er lautet: Rußland muß auch in Zukunft auf der Grundlage einer starken Staatsmacht eine in den internationalen Beziehungen anerkannte, einflußreiche Großmacht mit eigenständigem Profil und natürlichen Einflußzonen sein. Dieser Grundkonsens beschränkt sich nicht auf das Streben nach Bewahrung und Ausbau des Großmachtstatus als solchem - schließlich können entsprechende Intentionen durchaus unterschiedlich motiviert sein und zur

Geltung gebracht werden. Vielmehr ist auch bei der konzeptionellen Ausgestaltung eine Annäherung der Positionen zu beobachten, z.B. im Verhältnis Rußlands zum Westen. So hat das Jelzin-Lager eine deutliche Kurskorrektur weg von seiner prowestlichen Linie hin zur Betonung der Eigenständigkeit Rußlands vollzogen, bei der der Westen zugleich als Partner und Widerpart fungiert.[1] Das Sjuganow-Lager seinerseits hat wenigstens in den programmatischen Erklärungen prinzipiell antiwestliche Positionen stark relativiert und ist auf einen Kurs eingeschwenkt, der bei Betonung der spezifischen Rolle Rußlands als eurasische Großmacht auf pragmatischen Interessenausgleich mit dem Westen bedacht ist.[2]

Diese programmatisch-konzeptionelle Annäherung beider Lager in wichtigen Grundpositionen, verkörpert in dem "zentristisch" orientierten Primakow als Nachfolger des "prowestlich" ausgerichteten Außenministers Kosyrew, schließt unterschiedliche Akzentsetzungen im konkreten politischen Handeln, möglicherweise sogar ein Wiederaufleben scharfer Kontroversen keineswegs aus. Die Jelzin-Führung ist in ihrem Handeln für den Westen einigermaßen berechenbar. Zwar wirken die hinter ihr stehenden Kräfte in Form von Lobbies und Interessengruppen mit unterschiedlicher Zielrichtung auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Exekutive ein, z.B. zugunsten einer weiteren Öffnung des Landes (Gas- und Ölkomplex, Luft- und Raumfahrtindustrie) bzw. eines stärkeren Protektionismus (Agrarkomplex, wettbewerbsschwache Sektoren). Gleichwohl gewährleistet der Pluralismus der Einflußgruppen eine gewisse Balance und Stabilität auch in den Außenbeziehungen, so daß jähe Wenden wenig wahrscheinlich sind. Das Gleiche läßt sich von dem Sjuganow-Lager nicht ohne weiteres sagen, da wir nicht wissen, welche Dynamik die hinter der Führungsfigur stehenden Personen und Interessengruppen entwickeln werden.[3] Eine Variante lautet: Angesichts der fortgeschrittenen Umverteilung von Macht und Einfluß in Wirtschaft und Gesellschaft sowie des wachsenden Eigengewichts und Selbstbewußtseins in den Regionen ist der Bewegungsspielraum für den KP-geführten Block gering.[4] Diese Grundkonstellation wird auch die Außenbeziehungen der Volkspatrioten im Sinne des eingangs umrissenen Grundkonsenses prägen, zumal diese darauf verweisen können, daß sie in modifizierter Form nur die Linie Jelzins fortzusetzen brauchen, nachdem dieser mittlerweile zentrale Forderungen der Opposition übernommen habe. Tatsächlich fällt auf, daß die Opposition seit Amtsantritt Primakows (Januar 1996) ihre Kritik an der Außenpolitik der Regierung stark reduziert.[5] Die andere Variante besagt: Sjuganow ist in seinem Handeln von den Transformationsverlierern abhängig, die ihn auf dem Weg zur Präsidentschaft gestützt haben. Die labile Balance der Einfluß- und Interessengruppen wird nach Übernahme der Macht durch die Opposition zerstört werden - mit negativer Wirkung auf die Außenbeziehungen und hier insbesondere die Beziehungen zum Westen. Die von Staatsinterventionismus geprägte Wirtschafts- und Sozialpolitik wird in ihren Folgen zum Abbruch des Zuflusses von westlichem Kapital und Know-how führen, der IWF und andere westliche Organisationen werden ihre Stützungsmaßnahmen einstellen. Partnerschaft und Kooperation mit dem Westen werden in ein Verhältnis zwischen Kooperation, Konflikt und Konfrontation münden, wobei im Zuge der NATO-Osterweiterung wichtige internationale Verträge hinfällig werden (z.B. KSE, START II). Aller Voraussicht nach wird sich Rußland - bei aggressiver Nutzung seines Einfluß- und Störpotentials - damit auf den Weg der Selbstisolierung begeben.

Zentrale Elemente eines Grundkonsenses

Die zuletzt genannte "worst-case"-Variante soll hier nicht weiter erörtert werden, da ihr Eintreten eher unwahrscheinlich (wenn auch nicht völlig ausgeschlossen) erscheint: Angesichts der wachsenden wirt-

---

1 Vgl. hierzu zuletzt das Projekt: Politika nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Federacii (1996-2000), Moskau 1996. Der Entwurf für eine Doktrin zur nationalen Sicherheit wurde erarbeitet von einer Spezialistengruppe unter Leitung von J. Baturin, dem Jelzin-Berater für Fragen der nationalen Sicherheit.

2 So in seiner Tendenz die KPRF-"Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation" vom April 1996. Auszüge finden sich in: Moscow News Confidential, 17.4.1996, S. 4-6.

3 Siehe hierzu meinen Beitrag: Renaissance der KP Rußlands, in: Europäische Rundschau (Wien), Nr. 2/1996.

4 In diese Richtung argumentiert beispielsweise G. Gnauck, Vielleicht ist Jelzin doch nicht das kleinere Übel, in: FAZ, 11.5.1996.

5 Vgl. dazu M. Jusin, Deputatam obešèana velikaja deržava, Izvestija (Moskau), 10.2.1996. Der Beitrag referiert eine Anhörung Primakovs vor dem Auswärtigen Ausschuß der Staatsduma.

schaftlichen Verflechtungen wird voraussichtlich keine russische Führung, welches Programm auch immer sie vertritt, eine ungebremste Abschottung gegenüber dem Westen durchhalten oder auch nur anstreben. Daher konzentriert sich die Analyse im folgenden auf zentrale außen- und sicherheitspolitische Denk- und Verhaltensmuster, in denen sich Tendenzen zu einem Grundkonsens zwischen den relevanten politischen Lagern Rußlands abzeichnen.

Hier fällt zunächst das *Spannungsverhältnis zwischen ausgreifenden Großmachtambitionen einerseits und ökonomischen Ressourcen andererseits* ins Auge. Das russische Wirtschaftspotential beträgt gegenwärtig weniger als die Hälfte des früheren sowjetischen Potentials und befindet sich damit etwa auf dem Niveau Frankreichs. Auch in den nächsten 10 bis 15 Jahren wird das wirtschaftliche Wachstum gering bleiben. Da aber politische Einflußchancen ganz wesentlich durch Wirtschaftskraft und technologische Innovation determiniert sind, wird das erwähnte Spannungsverhältnis eher weiter zunehmen. In Teilen der Jelzin-Administration gibt es Ansätze dafür, die außen- und sicherheitspolitischen Ambitionen stärker an den ökonomischen Zwängen auszurichten. So plädierte Außenminister Primakow für eine Absage an "Globalismus und Totalität" und setzte sich dafür ein, "die eigenen Kräfte und Möglichkeiten genügend flexibel und sachlich einzuschätzen".[1] Ganz ähnlich verweist auch die KP in ihrer "Konzeption der Außenpolitik" auf die Notwendigkeit, in den Außenbeziehungen "die Interessen *und Möglichkeiten* des Landes" gebührend in Rechnung zu stellen.[2] Tatsächlich kann Rußland aus dieser Sicht eine aktiv gestaltende Rolle nur im GUS-Bereich spielen, wenngleich z.B. der Rückgang seines Außenhandels mit diesen Ländern von 56 Prozent 1990 auf rund 20 Prozent 1995 auch hier eine Schwächung der Moskauer Position anzeigt. Bereits in Ostmitteleuropa dagegen bleibt Rußland auf eine eher passive Rolle verwiesen. Symptomatisch hierfür ist der Umstand, daß diese Staaten ihren Außenhandel mittlerweile zu 60 bis 70 Prozent auf die EU ausrichteten.[3] Gerade das Bewußtsein um die Begrenztheit seiner materiellen Ressourcen dürfte Rußland jedoch auch zukünftig veranlassen, seine interne Schwäche international auszuspielen, wie es seine Führung beispielsweise mit der Dominotheorie bezüglich Tschetschenien erfolgreich vorexerzierte. Insbesondere gegenüber dem Westen wird jede Moskauer Führung ihr Störpotential als Ressource der Außenpolitik nachdrücklich in Erinnerung bringen. Allerdings dürfe die russische Interessenpolitik dabei nicht die Grenzen zu "Konfrontation und 'Kaltem Krieg'" mit dem Westen überschreiten, betonte Primakow.[4]

Weitgehende Übereinstimmung der politischen Lager besteht darüber hinaus in der Betonung der Notwendigkeit, die *eigenständige Rolle Rußlands durch Diversifizierung seiner internationalen Beziehungen* zu unterstreichen. Die russische Führung hat ihre Außenpolitik in der Tat zu Lasten der westlichen Ausrichtung weiter diversifiziert und wird künftig bestrebt sein, den Großmachtanspruch Moskaus durch eine Politik "tous azimuts" (Primakow) deutlich zu unterstreichen. Diese Linie, die zunehmend von USA-kritischen Akzenten begleitet wird, weist starke Konvergenzen mit der Oppositions-Programmatik auf; sie würde unter einem Präsidenten Sjuganow voraussichtlich weiter verstärkt. In ihrem Kern zielt die Moskauer Politik damit keineswegs auf eine antiwestlich geprägte strategische Partnerschaft mit China, Indien oder weiteren Mächten im asiatisch-pazifischen und nahöstlichen Raum. Vielmehr soll mit der Diversifizierung demonstriert werden: Rußland ist bereit und in der Lage, globalen Hegemonieambitionen der USA durch enge Beziehungen zu anderen Machtzentren wirksam entgegenzutreten,[5] nachdem sich der Anspruch auf strategische Parität Moskaus mit Washington nicht aufrechterhalten läßt.[6] Gefördert werden die Diversifizierungstendenzen durch wachsende Rüstungsexport-Chancen in die genann-

---

1 Zitiert nach M. Pavlova-Sil'vanskaja, Odin ministr smenit' drugogo spešit, in: Novoe Vremja (Moskau), Nr. 3/1996, S. 13.

2 A.a.O., S. 4. Hervorhebung durch den Verfasser dieser Analyse.

3 Vgl. hierzu detailliert H. Clement, Integrations- und Desintegrationstendenzen in Osteuropa und in der GUS, Working Paper des Osteuropa-Instituts, Nr. 186, München 1995.

4 Rossija išèet novoe mesto v mire, Interview mit Izvestija, 6.3.1996.

5 So das "Projekt" der Baturin-Gruppe und die "Konzeption" der KPRF, a.a.O.

6 Die ausdrückliche Absage an das Paritätsstreben der Brežnev-Periode findet sich in dem Projekt zur nationalen Sicherheit, a.a.O., S. 19

ten Regionen.[7] Freilich zeichnen sich hierbei auf verschiedenen Feldern bemerkenswerte innere Widersprüche ab. So paßt die während Jelzins China-Besuch (Mai 1996) anvisierte "strategische Partnerschaft" Moskau Peking schlecht zu Warnungen vor potentiellen chinesischen Expansionstendenzen im russischen Fernen Osten.[2] Die Nuklearpartnerschaft mit dem Iran liegt quer zu Szenarien eines aggressiven Ausgreifens des islamischen Fundamentalismus nach Zentralasien und in den Kaukasus.

Übereinstimmungen in den Positionen der politischen Lager zeigen sich auch im wachsenden *Widerstand gegen befürchtete internationale Abhängigkeit und Einmischung in die inneren Angelegenheiten* des Landes. Aus Moskauer Sicht widerspricht es den Interessen Rußlands als eigenständiger Großmacht, die Beziehungen zum Westen im Sinne wachsender Interdependenzen oder gar einer strategischen Partnerschaft allzu eng zu gestalten, denn dies - so heißt es - läuft letztlich auf eine Abhängigkeit Rußlands vom Westen hinaus. Das aber will man in Moskau unter allen Umständen vermeiden, zumal sich in den politischen Eliten der Eindruck verstärkt: Der Westen ist eher an einer Schwächung des Landes interessiert und hat dies durch mangelnde Unterstützung der Reformprozesse, aber auch durch seinen Widerstand gegen die objektiven Prozesse der GUS-Reintegration hinreichend demonstriert. So gesehen stehen Rußland und der Westen in politischem Wettbewerb um Macht- und Einflußzonen - einem Wettbewerb, der freilich nicht in Konfrontation münden darf, sondern zwischen Zusammenarbeit und Konflikt oszilliert. Diese Linie, die ein zentrales Element des außenpolitischen Grundkonsenses der politischen Eliten in Rußland bildet, findet ihre logische Ergänzung in einem widersprüchlichen Verhältnis Rußlands zu den internationalen Organisationen. Denn einerseits stimmen fast alle politischen Lager in folgendem überein: Es liegt im Interesse Rußlands, den von gemeinsamen europäischen Normen, Standards und Werten geprägten internationalen Organisationen beizutreten oder enge Vertragsbeziehungen mit ihnen einzugehen (OSZE und Europarat bzw. Europäische Union). Andererseits wird jedoch mit Nachdruck auf die Absicht verwiesen - so beispielsweise Jelzin in seinem Appell an die russischen Mitglieder des Europarats -, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands durch diese Organisationen nicht hinzunehmen.[3] Dieser Widerspruch wird unter Jelzin anhalten und sich unter Sjuganow möglicherweise zuspitzen. Jedenfalls wird das Spannungsfeld zwischen Möglichkeiten und Grenzen westlicher Einflußnahme auf das Verhalten Rußlands auch in den kommenden Jahren bestehen bleiben und immer neu auszuloten sein.

Rußland und die GUS

Ein lagerübergreifender breiter Konsens hat sich in Rußland schließlich über die Notwendigkeit herausgebildet, in den Außenbeziehungen der Reintegration der GUS-Länder um Rußland herum höchste Priorität einzuräumen.[4] Neben vielen anderen Gründen wurzelt dieser Vorrang in der Vorstellung, Rußland könne seiner Großmachtrolle als Stabilisator des eurasischen Raums nur bei enger Anbindung und Kontrolle der GUS-Staaten gerecht werden. Umgekehrt stellt eine weitere Desintegration der GUS aus dieser Perspektive eine erstrangige Bedrohung für die innere Stabilität und die territoriale Integrität des Landes dar: Konflikte in dieser Region würden negativ nach Rußland hineinwirken, tatsächliche Unabhängigkeit von GUS-Ländern würde den wirtschaftlichen und militärischen Einfluß der USA und einer Reihe interessierter Regionalmächte stärken. An dieser Stelle kann nicht auf alle Facetten der russischen GUS-Politik eingegangen werden.[5] Wichtig ist: Zwar sind auch auf diesem Felde Konvergenzen in den Grundpositionen der beiden Lager festzustellen. Bei aller gemeinsamen Integrations-Rhetorik zeichnen sich im

---

1 Hierzu im einzelnen: Russische Föderation: Rüstungsexportwirtschaft hat große Erfolge aufzuweisen, in: Vereinigte Wirtschaftsdienste (Eschborn), 48/7.3.1996, S. 2.

2 Als Beispiel für entsprechende Warnungen: V.L. Lukin/A.J. Utkin, Rossija i Zapad: Obšènost' ili otèuždenie?, Moskau 1995, S. 50. Jabloko-Führungsmitglied Lukin ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma. Ähnlich auch das Projekt zur nationalen Sicherheit, a.a.O., S. 30.

3 Interfax 12.3.1996.

4 Die entsprechenden Grundpositionen der Jelzin-Führung finden sich in dem Präsidenten-Erlaß "Der strategische Kurs Rußlands gegenüber den Mitgliedsländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten", Interfax 19.9.1995. Die Grundlinien der Opposition spiegeln sich in der "Konzeption" der KPRF, a.a.O.

konkreten Handeln jedoch starke Unterschiede zwischen Regierung und Opposition ab - womöglich am einschneidendsten überhaupt in den Außenbeziehungen.

Ein Präsident Sjuganow wird erheblichem Druck durch die ihn tragenden Kräfte (sowie einer Reihe lokaler KPen, z.B. in Belarus und der Ukraine) ausgesetzt sein, mit einem breitgefächerten Instrumentarium Einwirkungsmaßnahmen vorrangig im slawischsprachigen GUS-Raum die Integration bis hin zur staatlichen Vereinigung zu forcieren. Darauf verweist die Resolution der KP-dominierten Staatsduma vom März 1996, in der der Beschluß zur Auflösung der UdSSR vom Dezember 1991 annulliert und das unionsweite Referendum vom März 1991, in dem sich 76 Prozent der Abstimmenden für den Erhalt einer erneuerten Sowjetunion ausgesprochen hatten, zum zentralen Bezugspunkt für die GUS-Strategie in Rußland erklärt wurde. Zwar betont die KP-Führung in ihren Dokumenten ausdrücklich, daß die Wiedervereinigung auf freiwilliger Basis und unter Berücksichtigung des Bevölkerungswillens geschehen soll. Die heftigen Proteste führender Politiker aus den meisten GUS-Ländern gegen die Dumaresolution unterstreichen jedoch, daß diesen Absichtsbekundungen wenig Glauben geschenkt und überhaupt eine Integrationslinie mit dem Ziel einer staatlichen Vereinigung strikt abgelehnt wird. Sollte eine KP-geführte Exekutive dennoch versuchen, ihre Maximal-Strategie in die Wirklichkeit umzusetzen, so könnte dies zu erheblichen Turbulenzen in GUS-Staaten und zu scharfen Konflikten mit dem Westen führen. Ganz offensichtlich unterschätzt die KP die Widerstandspotentiale in dieser Region und bezieht in Überschätzung der russischen materiellen und Machthebel die Kontrollierbarkeit von Destabilisierung nur unzureichend in das eigene Kalkül ein.

Auch das Jelzin-Lager bekundet die Absicht zu einer beschleunigten Integration "mit verschiedenen Geschwindigkeiten" und sucht sie durch Konstituierung zunächst des Viererbundes mit Belarus, Kasachstan und Kirgistan (März 1996) und kurz darauf der Zweiergemeinschaft mit Belarus (April 1996) voranzutreiben. Anders als die Opposition denkt die Jelzin-Exekutive dabei jedoch nicht an eine staatliche Vereinigung mit dem Ziel einer Wiederherstellung der Sowjetunion, sondern an einen hegemonial strukturierten Bi- und Multilateralismus im GUS-Bereich um Rußland herum und nach russischen Regeln. Diese Politik beläßt den Partnern die Verantwortung für die Innen- und Wirtschaftspolitik ebenso wie die formalen Attribute staatlicher Unabhängigkeit. Destabilisierungsmaßnahmen zur Disziplinierung unbotmäßiger Partner werden nur dort ergriffen, wo der Konflikt beherrscht werden kann (Beispiel: Abchasien), nicht aber dort, wo dies nicht der Fall ist (Beispiel: Ukraine). Allerdings ist durchaus fraglich, ob die Rechnung Moskaus tatsächlich aufgeht. Gewiß sucht eine Reihe von GUS-Staaten heute in der Hoffnung auf wirtschaftliche Vergünstigungen ein Nahverhältnis zu Rußland. Für einige unter ihnen - z.B. für die Ukraine und Aserbaidschan - bildet enge Wirtschaftskooperation mit Rußland aber nur ein taktisches Instrument, um einen ökonomischen Kollaps zu vermeiden und die eigene Staatlichkeit zu festigen. Beides ist für sie in genauem Gegensatz zu den russischen Ambitionen Voraussetzung für ihr langfristig angelegtes Ziel, die alternativlose Abhängigkeit von Moskau abzubauen und durch Intensivierung der Beziehungen zu anderen Mitgliedern der internationalen Staatengemeinschaft auszubalancieren.

Perspektiven für die Beziehungen Rußlands zum Westen

Im Zeichen der eingangs aufgezeigten Tendenzen zu einem außen- und sicherheitspolitischem Grundkonsens unter den politischen Eliten Rußlands wird Moskau unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen gegenüber dem Westen voraussichtlich jene Linie fortführen, die Primakow als Verhältnis von Partnerschaft und Konkurrenz charakterisierte. Voraussichtlich wird auch der KP-dominierte Block der Volkspatrioten bei aller Konfliktbereitschaft darauf bedacht sein, kooperative Beziehungen zum Westen zu pflegen und offene Konfrontation möglichst zu vermeiden. Ein Kurs ungebremster Konfrontation, wie er von Teilen des Blocks vertreten wird, würde in Rußland selbst auf harten Widerstand stoßen und das

---

[5] Vgl. hierzu O. Alexandrova, Rußland und sein "nahes Ausland":Integrationsvorstellungen und Ansätze russischer Integrationspolitik, Berichte des BIOst, Nr. 20/1995, sowie meinen Beitrag: Wird Rußlands Hegemoniestreben die GUS zerstören?, in: Frankfurter Rundschau, 26.3.1996.

volkspatriotische Lager wahrscheinlich spalten. Sjuganow würde, gestützt auf die Machtfülle eines Präsidentenamts, für eine Fortsetzung der kooperativen Grundlinie mit dem Westen eintreten, wobei er sich von den radikalen Strömungen unter seinem Anhang trennen, seine Basis in das zentristische Lager hinein erweitern und sich damit seine eigene "Partei der Macht" schaffen könnte. Präsident Jelzin hat analoge Manöver wiederholt vollzogen. Als Indiz für mögliche Entwicklungen in diese Richtung mag gelten, daß Sjuganow bei der Ausarbeitung zentraler Abschnitte seiner Wahlplattform auf Spezialisten

alter Schule verzichtete. Statt dessen zog er Experten der Nach-Perestrojka-Periode heran, z.B. A. Podbereskin, den Leiter einer Denkfabrik gemäßigt nationalpatriotischer Prägung, sowie S. Glasew, einen aus der Demokratischen Partei Trawkins hervorgegangenen früheren Außenhandelsminister Jelzins (er entwarf den Wirtschaftsteil anstelle des früheren Gosplan-Chefs Masljukow).[1]

So wird Rußland auch in Zukunft in jenen internationalen Organisationen mitarbeiten, wo es dem Ansehen des Landes als einflußreiche Großmacht dient (G-7-Spitzentreffen), wo es Einfluß auf die gesamteuropäischen Prozesse gewährt (OSZE, Europarat) und wo, wie im Falle der EU, der zentrale Partner Moskaus für Handel und Wirtschaftsmodernisierung lokalisiert wird. Darüber hinaus wird seine Führung trotz erheblicher Widerstände aus den Reihen der Militärs an einer Fortsetzung der Abrüstungsprozesse interessiert bleiben - schon deshalb, weil die materiellen Voraussetzungen für neue Aufrüstungsrunden fehlen. Schließlich demonstriert das Engagement der Jelzin-Führung im Dayton-Friedensprozeß - dem die KPRF nicht widerspricht -, daß auf konkreten Feldern sogar ein Zusammengehen Rußlands mit der NATO möglich ist. All das sollte vor dem Hintergrund früherer Antagonismen im Ost-West-Verhältnis auch dann nicht gering geschätzt werden, wenn Moskau dabei Vorstellungen von der Herausbildung wachsender Interdependenzen kritisch gegenübersteht.

Gleichwohl wird es auch in Zukunft - nicht zuletzt unter starkem Einfluß des Militärs - Bestrebungen geben, den internationalen Bedeutungsverlust Rußlands durch Machtprojektion in die angrenzenden Regionen zu kompensieren. Dies könnte zu harten Konflikten mit dem Westen führen. So wäre eine Strategie Moskaus inakzeptabel, die den GUS-Raum als ausschließliche Einflußsphäre Rußlands ansieht und daher Einwirkungen aus dem Westen als gezielte Schwächung der Positionen Rußlands wertet. Potentiellen Konfliktstoff birgt darüber hinaus die baltische Region, die in Moskau gelegentlich als Teil des "postsowjetischen Raums" eingestuft wird, was in russischer Perzeption eine Relativierung von Souveränität und Unabhängigkeit dieser Länder impliziert. Kritisch für das Verhältnis Rußlands zum Westen könnte schließlich die internationale Zuordnung der Länder Ostmitteleuropas werden, insbesondere im Hinblick auf deren geplante Einbeziehung in die NATO. Als Antwort wird Rußland erhöhten Druck auf die "Grauzone" ausüben, wie sie als deren Folge östlich der erweiterten NATO vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer entsteht - was wiederum den Drang der Ostmitteleuropäer in die Atlantische Allianz verstärken wird (einen solchen Effekt hat die militärische de-facto-Reintegration von Belarus in Polen). Tatsächlich wird das Projekt der NATO-Osterweiterung weit über seine eigentliche Bedeutung hinaus zum Testfall für die Fähigkeit und Bereitschaft beider Seiten, das Verhältnis Rußlands zum Westen partnerschaftlich zu gestalten. Nach den Präsidentschaftswahlen in Rußland vom Juni/Juli 1996 (und in den USA vom Herbst 1996) wird es erneut in den Vordergrund rücken und das politische Klima zwischen beiden Seiten ganz wesentlich beeinflussen. Die schwierige Balance für den Westen besteht darin, Rußland als konstruktiven Partner beim Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur zu gewinnen und zugleich die Ostmitteleuropäer in die atlantisch-europäischen Strukturen zu integrieren.

Heinz Timmermann

---

1 G. Èerkasov, Predvybornaja programma Gennadija Zjuganova budet obnarodovana v seredine maja, in: Segodnja (Moskau), 8.5.1996.